



Protokoll der 25. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Februar 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Ambühl Georg (SVP), Bergamin Patricia (SVP), Jeitziner Karin (FDP), Schneider Domenic (CVP/EVP/GLP) und Wunderlin Verena (CVP/EVP/GLP)

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

- ://: Der Rat beschliesst mit 29 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, dass die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes an der heutigen Sitzung beraten wird.* 2019/133
- ://: Der Absetzung des Geschäfts betreffend das Postulat «Kasernenstrasse» wegen Abwesenheit der Postulantin wird einstimmig zugestimmt.* 2017/59
1. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes 2019/133
://: Die Resolution wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen verabschiedet.
 2. Protokoll vom 30. Januar 2019
://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig mit der beantragten Berichtigung beim 5. Traktandum "Klimawandel, Motion" genehmigt.
 3. Stütz- und Regionalfeuerwehr Liestal, Zweckverband - Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglement (GOR) 2018/122
://: Den Anträgen der GOR wird zugestimmt. 2018/122a
 4. Heidenlochstrasse - Bau- und Strassenlinienplan (BSP) 2019/126
://: Die Vorlage wird an die BPK zur Vorberatung überwiesen.
 5. Heidenlochstrasse - Kredite für Strassenausbau (TCHF 2'500), Wasserversorgung (TCHF 630), Abwasserbeseitigung (TCHF 400) und Landerwerb (TCHF 625) 2019/127
://: Die Vorlage wird an die BPK zur Vorberatung überwiesen.
 6. Suubers Lieschtel - Zwischenbericht Stadtrat zu Postulat «für e suubers Lieschtel» der SVP-Fraktion 2015/196
://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht zum Postulat wird einstimmig Kenntnis genommen. 2015/196a

- | | | |
|-----|--|---------------------------------|
| 7. | Fernverkehr (Sammelvorlage) - Berichte Stadtrat zu Postulaten "Fahrplan 2025"; "Grundsätze und Kriterien Fernverkehr" sowie "Fahrplankonferenz"
://: Vom Zwischenbericht zum Postulat Nr. 2016/7 wird einstimmig Kenntnis genommen.
://: Einstimmig wird vom Zwischenbericht zum Postulat Nr. 2017/40 Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2017/68 wird vom Rat einstimmig als erfüllt abgeschrieben. | 2016/7a
2017/40a
2017/68a |
| 8. | Fragestunde
Es werden 8 Fragen und 2 Zusatzfragen beantwortet. | - |
| 9. | Busbetrieb während WB-Umbau - Bericht Stadtrat zu Postulat «Optimierung Busbetrieb während dem Umbau der Waldenburgerbahn auf Meterspur» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion
://: Einstimmig nimmt der Rat vom stadträtlichen Bericht Kenntnis und schreibt das Postulat als erfüllt ab. | 2016/22
2016/22a |
| 10. | Kasernenstrasse - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Sicherheit Kasernenstrasse für Velos und Fussgänger von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
://: Absetzung von Traktandenliste wegen Abwesenheit Postulantin. | 2017/59
2017/59a |
| 11. | Reklamereglement-Revision - Motion «Neuorganisation von Plakatieren vor eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen: Wildes Plakatieren macht wild, denn die Wahlplakate hängen überall» von Reto Derungs der SP-Fraktion
://: Vertagung wegen Zeitmangel. | 2019/123 |
| 12. | Mailinglisten Protokollzustellung - Verfahrenspostulat «Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion sowie Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion
://: Vertagung wegen Zeitmangel. | 2019/124 |

Ratspräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung. Speziell werden die jungen Menschen auf der Tribüne begrüsst, welche wegen der Resolution "Klimanotstand" erschienen sind.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidium

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Das Büro unterstützt die Empfehlung des Rechtsdienstes, dass Zirkularbeschlüsse im nächsten Kommissionsprotokoll festgehalten werden. Die Begründung und Rechtslage ist den Fraktions- und Kommissionspräsidenten zur Kenntnis gebracht worden.
- Anfangs Amtsjahr 2019/2020 wird vom Ratsbüro die Gesamtrevision des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat in Angriff genommen. An der Bürositzung vom 16. Mai 2019 werden in einer ersten Besprechung die gewünschten Reglementsänderungen der Fraktionen thematisiert und der Terminplan betreffend der Reglementsrevision beschlossen.
- Der Terminplan 2020 ist im Grundsatz gutgeheissen worden, wird aber erst nach weiteren Abklärungen und Festlegung der Termine durch den Stadtrat im Zusammenhang mit den Erneuerungswahlen im nächsten Jahr noch definitiv beschlossen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlagen Nr. 2019/125, Nr. 2019/129, Nr. 2019/131, Nr. 2019/132, Nr. 2019/133 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Feuerwehrdienstersatzabgabe-Reglementsrevision - Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Feuerwehrdienstersatzabgabereglements (Nr. 2019/125)
- Parkkarten - Interpellation betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion (Nr. 2019/129)
- Veloverkehr Tiergartenstrasse - Postulat «Veloverkehr auf neuer Tiergartenstrasse beim Parkhaus SBB» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Joel Bühler der SP-Fraktion (Nr. 2019/131)
- Winterdienst - Interpellation «Winterdienst - höhere Priorität für den Langsamverkehr» von Joel Bühler der SP-Fraktion und Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2019/132)
- Klimanotstand - Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Nr. 2019/133)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------|--|
| - Steinger Pia (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meschberger Dominique (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass die *Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Nr. 2019/133)* den Ratsmitgliedern gestern mit E-Mail zur Kenntnisnahme gebracht und heute als Tischpapier verteilt wurde. Die Resolution ist von 8 Ratsmitgliedern unterzeichnet worden und würde an der heutigen Ratssitzung sofort beraten, sollte der Rat dies beschliessen.

Michael Durrer (GL) erklärt, seine Fraktion befürworte es, dass die Resolution an der heutigen Sitzung behandelt wird, zumal ja bereits im Titel das Wort "Notstand" verwendet wird.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch die Mittefraktion möchte die Resolution an der heutigen Sitzung behandeln.

Bruno Imsand (FDP) merkt an, auch seine Fraktion sehe die Dringlichkeit und unterstütze die Diskussion an der heutigen Sitzung.

Dominique Meschberger (SP) votiert, dass auch die SP-Fraktion die Resolution heute behandeln möchte.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) legt dar, dass die Gäste auf der Tribüne die Sitzung ja mitverfolgen dürfen. Er stellt den Ordnungsantrag, dass sich diese aber an die Ordnung halten und den Ratsbetrieb nicht mit pfeifen und klatschen stören, ansonsten müssten sie den Saal verlassen. Seine Fraktion findet zudem, dass es sich um keinen Notstand handelt und deshalb die Aufnahme der Resolution auf die Traktandenliste nicht unterstützen wird.

Ratspräsident Peter Küng (SP) fordert die Gäste auf der Tribüne dazu auf, den Ratsbetrieb nicht weiter zu stören.

://: Mit 29 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschliesst der Einwohnerat, dass die *Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Nr. 2019/133)* an der heutigen Sitzung beraten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt den Antrag, dass das Traktandum Nr. 8 bzw. das *Postulat "Kasernenstrasse" (Nr. 2017/59)* wegen Krankheit sowie Abwesenheit der Postulantin von der Traktandenliste abgesetzt wird.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass sich niemand zum Antrag äussern möchte.

://: Das *Postulat Nr. 2017/59 "Kasernenstrasse"* wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass betreffend der Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die "Fragestunde" wird im Anschluss an die Sitzungspause stattfinden.

204 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Nr. 2019/133)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes

*Am Samstag, 2. Februar 2019, folgten nach Angaben der Polizei rund 8'000-10'000 Menschen aus der Region Basel dem Aufruf zahlreicher engagierten Schüler*innen und gingen auf die Strasse. Sie forderten und werden auch in Zukunft fordern, dass Parlament und Regierung sofort effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann.*

*Die Schüler*innen sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter global um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.*

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar machen. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Wintertourismus von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Massnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

- *Der Einwohnerrat Liestal erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.*
- *Der Einwohnerrat Liestal wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.*
- *Der Einwohnerrat Liestal orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.*
- *Der Einwohnerrat Liestal fordert, dass die Stadt die Bevölkerung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.*

*sig. Michael Durrer (GL)
sig. Dominique Meschberger (SP)
sig. Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP)
sig. Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP)
sig. Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP)
sig. Pascale Meschberger (SP)
sig. Verena Baumgartner (GL)
sig. Dominik Beeler (GL)*

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass die Resolution Nr. 2019/133 den Ratsmitgliedern am gestrigen Nachmittag mit E-Mail des Ratsschreibers und als Tischpapier an der heutigen Sitzung zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Resolution ist von 8 Ratsmitgliedern unterzeichnet worden und wird gemäss vorgängiger Entscheidung im Zusammenhang mit der Traktandenlisten-Änderung an der heutigen Sitzung beraten.

Gemäss § 52 des ER-Geschäftsreglementes gilt die Resolution als zustande gekommen, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder dieser zustimmen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt zum Resolutionsbegehren Stellung und hält fest, dass ihn die zahlreiche Präsenz der Jugendlichen auf der Tribüne doch freue. Der Stadtrat anerkenne den Klimawandel als Fakt und hier im Rat ist ja bereits an der letzten Sitzung vom 30. Januar 2019 intensiv über den Vorstoss betreffend der Klimapolitik diskutiert worden. Auch hat der Stadtrat bereits die Vorlage "Energieleitbild 2030" beschlossen, welche ja auch schon bald hier im Einwohnerrat thematisiert wird. Verschiedene Massnahmen wurden in Liestal bereits umgesetzt bzw. veranlasst. So sind die Quecksilberdampflampen durch LED-Lampen ersetzt worden, bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen werden Motoren mit einer besseren Verbrennung bevorzugt, bei der Schulhaus-Sanierung Frenke wurden grössere Arbeiten und Investitionen im Energiebereich getätigt usw. Auch wird man bei diesem Thema weiter arbeiten und aktiv bleiben. Im Energieleitbild 2030 wird auch die Kommunikation behandelt. Diesbezügliche Berichte im "Liestal aktuell" haben meist nicht den gewünschten Erfolg, viel mehr kann wohl eher mit einer intensiveren Zusammenarbeit mit all den bereits bestehenden Energieberatungen bewirkt werden. Auch die Stadt Liestal wird Massnahmen prüfen und umsetzen, damit zumindest mit einem kleinen Anteil der Klimawandel bzw. seine Folgen etwas eingedämmt werden können.

Michael Durrer (GL) freut die die wohlwollende Aufnahme der Resolution im Stadtrat. Vermutlich wird man sich mit der Klimapolitik auch in Zukunft immer wieder auseinandersetzen müssen. Selbstverständlich müssen alle selber schauen und Verantwortung zu Gunsten des Klimawandels übernehmen, dennoch ist es die Aufgabe der Politik die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, Fehler im heutigen System zu beseitigen und künftige Entscheide so zu treffen, damit die Auswirkungen des Klimawandels vermindert werden können. Es ist nicht die alleinige Aufgabe der Schüler und Jugendlichen, all die Probleme des Klimawandels alleine zu lösen, zumal sie den Klimanotstand auch nicht zu verantworten haben. Auch wir Erwachsenen und Politiker müssen nun Verantwortung übernehmen. Man kann nicht einfach zuwarten, bis andere etwas tun und das Problem gemeinsam und global angehen. Auch in Liestal kann man bereits heute etwas unternehmen und Beiträge leisten. Auch ist die Resolution kein reines Wahlkampfinstrument, wie man dies in den vergangenen Tagen immer wieder gehört hatte. Natürlich ist die Resolution nicht die Lösung für das Problem, doch mit der Verabschiedung der Resolution wird doch ein wichtiges Zeichen dafür gesetzt, dass der Einwohnerrat das Problem gemeinsam angehen möchte. Bereits mit der Verabschiedung der letzten Resolutionen hatte das Parlament von Liestal die Wichtigkeit und Dringlichkeit von anderen Problemen bekräftigt sowie unterstützt und wichtige Zeichen gesetzt. Mit der Resolutionsverabschiedung wird die Wichtigkeit des Klimanotstandes anerkannt und man einigt sich darauf, bei künftigen Geschäften dem Klimaproblem eine hohe Priorität zuzugestehen und sich an den IPCC-Berichten und wissenschaftlichen Grundlagen des Weltklimarates zu orientieren, welchem 195 Regierungen angehören. Auch ist es wichtig, dass die Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und Folgen sowie die Massnahmen informiert wird. Seine Fraktion hofft, dass die Resolution heute von möglichst vielen Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Dominique Meschberger (SP) führt aus, dass bereits Basel, London, Vancouver usw. den Klimanotstand ausgerufen haben. Sie hofft, dass dies nach Liestal auch noch weitere Städte und Gemeinden tun werden, denn das Klimaproblem wird uns weiterhin beschäftigen. Es müssen Ideen entwickelt, Erfindungen gemacht und umgehend Massnahmen umgesetzt werden. Das Thema "Klimapolitik" ist nicht nur ein Thema der Grünen, sondern geht alle Parteien und auch alle Menschen auf dieser Welt etwas an. Eine überparteiliche Zusammenarbeit ist absolut wichtig, damit das Ziel erreicht werden kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass man durchaus die Frage, ob es denn einen Klimawandel gebe und wie schlimm dieser überhaupt ist, berechtigterweise stellen kann. Er hatte letztes Jahr Spitzbergen besucht und der Flug bei dieser Reise war immerhin CO₂-kompensiert. In der Arktis konnte er mit eigenen Augen sehen, wie sich das Klima verändert und förmlich zusehen, wie die Gletscher schmelzen. Noch nie konnte man mit dem Schiff so weit Richtung Nordpol durch das Packeis hindurch fahren. In ein paar Jahren wird es wohl überhaupt kein Eis mehr in der Arktis haben. Auch bei uns stellt man fest, dass wir mit extremer Häufigkeit sehr warme und trockene Sommer haben. Hört man sich bei Förstern und Bauern um, so vernimmt man, dass diese bereits heute mit massiven Problemen als Folgen der Klimaerwärmung zu kämpfen haben. Der Klimawandel geht uns alle etwas an und vermutlich bringt auch die Verabschiedung der Resolution an der heutigen Sitzung nicht sehr viel, doch wird damit zumindest anerkannt, dass wir einen Klimanotstand haben, was bei künftigen Projekten und Entscheiden mitberücksichtigt werden müsste. Die Mittefraktion findet deshalb die Resolution sinnvoll und wichtig, weshalb man diese auch unterstützen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, auch seiner Fraktion sei das Thema Klimawandel sehr wichtig. Auch ist es erfreulich und wichtig, dass die Jugend auf die Strasse geht und uns die Augen öffnet. Seine Fraktion ist jedoch der Meinung, dass es sich bei der Resolution um eine Augenwischerei und reine Alibiübung handelt, mit welcher das Gewissen der jugendlichen Demonstranten beruhigt werden soll. Der Text des Vorstosses ist von anderen Resolutionen anderer Parlamente übernommen worden und in der Resolution sind Forderungen formuliert, deren Umsetzung in Liestal nicht eingesehen werden und auch wenig Sinn machen. Das Wort Klimanotstand ist umstritten und andere Formulierungen dürften wohl eher zutreffen. Auch die SVP-Fraktion findet, dass Massnahmen nötig sind, hingegen bringen die Forderungen der Resolution in Liestal überhaupt nichts und müssten eher Liestal-spezifisch abgestützt sein. Seine Fraktion kann deshalb eine Resolution mit solch unrealistischen Forderungen nicht unterstützen. Der Einfluss einer solchen Resolution auf kommunaler Ebene wird unterschätzt und es muss vielmehr gelingen, auf nationaler und internationaler Ebene noch mehr Schadstoffe reduzieren zu können. Die SVP-Fraktion wird nicht gegen die Resolution stimmen, sondern sich enthalten.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft und der Resolution keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Er hält fest, dass 24 Ja-Stimmen für ein Zustandekommen der Resolution nötig sind.

://: Mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen wird die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes verabschiedet

205 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Ratssitzung vom 30. Januar 2019

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert, dass das Ratsbüro gemäss Änderungsantrag von Einwohnerrätin Nathalie Oberholzer (GL) die Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles vom 30. Januar 2019 mit folgender Berichtigung beantragt:

Trakt. 5 - Klimapolitik (Nr. 2018/121) - Votum N. Oberholzer (GL), Seite 567, 6. Zeile:

..... Sonst müssen wir mit einer globalen Klimaerwärmung von über 2 Grad Celsius (nicht 2 %) rechnen, was markant steigende Schadens- und Anpassungskosten mit sich bringen würde.

Der Ratspräsident kann feststellen, dass zum Änderungsantrag des Büros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 30. Januar 2019 wird mit der beantragten Änderung einstimmig genehmigt.

206 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Stütz- und Regionalfeuerwehr Liestal, Zweckverband - Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (Nr. 2018/122)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Da Ratsmitglieder Markus Rudin der SVP-Fraktion beim Geschäft als Mitarbeiter der Stadt Liestal direkt betroffen ist, geht dieser wiederum in den Ausstand.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/122a und stellt den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente vor: Die Bildung eines Zweckverbandes macht Sinn, denn eine Berufsfeuerwehr wäre beispielsweise aus Kostengründen wohl kaum eine prüfenswerte Variante. Man geht davon aus und hofft, dass noch weitere Gemeinden zum Zweckverband stossen werden. Die Statuten können vom Einwohnerrat nicht einseitig geändert werden und so hätte man es begrüsst, wenn man sich dazu bereits im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens hätte äussern können. Die GOR bedauert es, dass man die Finanzierung aus der Hand gibt und beispielsweise der Einwohnerrat im Rahmen der Budget-Genehmigungen keine Korrekturen vornehmen kann. Mehr zu diskutieren gab die Änderung des Feuerwehersatzabgabe-Reglementes, sind im Erlass doch einige merkwürdige Bestimmungen formuliert, welche nicht mehr zeitgemäss sind. Von der GOR werden zwei Änderungsanträge betreffend dem § 3 formuliert und von der GOR zudem die neue Motion Nr. 2019/125 betreffend dem Ersatzabgabe-Reglement eingereicht. Diese Änderungen können hier im Rat noch thematisiert werden, ohne dass dadurch die Bildung des Feuerwehrverbandes Verzögerungen erfährt. Mit Ausnahme der Änderungsanträge der GOR im Zusammenhang mit dem Feuerwehersatzabgabe-Reglement kann die GOR die stadträtlichen Anträge unterstützen.

Lorenz Holinger (SVP) äussert, auch die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass die Bildung des Zweckverbandes ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist und damit Synergien genutzt werden können, wovon Liestal und die beteiligten Gemeinden profitieren können. Seine Fraktion wird die GOR-Anträge unterstützen.

Jackomuthu Hilman (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Mittelfraktion finde die Bildung eines Feuerwehersatzabgabe-Reglementes beim gesellschaftlichen Wandel sinnvoll und wird auch den Anträgen der GOR zustimmen.

Bernhard Bonjour (SP) bemerkt, dass es auch seine Fraktion freut, dass die Feuerwehraufgaben mit der Bildung des Zweckverbandes auch weiterhin erfüllt werden können. Die GOR-Anträge werden einstimmig unterstützt. Die vermehrte Zusammenarbeit macht Sinn und man hofft, dass noch weitere Gemeinden dem Zweckverband beitreten werden. Die Regionalisierung führt zu einem Kontroll- und Einflussverlust für das Parlament und dass nur noch die Exekutive Einfluss nehmen kann, ist keine gute Entwicklung. Die GOR war schon etwas im Dilemma bei der Beratung der stadträtlichen Vorlage, denn das Geschäft musste unter Zeitdruck beraten werden und eine Änderung oder gar Ablehnung der Statuten hätte wohl zu grösseren Konflikten geführt, da diese von anderen Gemeinden bereits beschlossen wurden. So verstehe er es beispielsweise nicht, dass beispielsweise keine Mannschaftsvertretung in der Betriebskommission vertreten ist, doch dies wird man nun nicht mehr ändern können.

Natalie Oberholzer (GL) legt dar, dass auch ihre Fraktion die Notwendigkeit des Feuerwehersatzabgabe-Reglementes sehe, damit personelle Engpässe gelöst und Kosten eingespart werden können. Dass die Statuten der GOR erst in einem Zeitpunkt vorgelegt werden, nachdem diese von anderen Gemeinden bereits beschlossen wurden, ist unschön und ein Wehmutstropfen, da diese nun ja gar nicht mehr geändert werden können und der Einwohnerrat mehr oder weniger vor Tatsachen gestellt wird. So sind bei der kontroversen GOR-Beratung einige

Punkte bzw. Probleme im Zusammenhang mit den Statuten aufgefallen, welche nicht vollständig gelöst sind. Zumindest mit der GOR-Motion kann nun der Einwohnerrat mögliche Änderungen im Zusammenhang mit dem Feuerwehersatzabgabe-Reglement beschliessen, wovon der Zweckverband nicht betroffen und involviert ist.

Max Schäublin (FDP) gibt bekannt, dass auch seine Fraktion den Anträgen des Stadtrates und der GOR zustimmen wird, damit der Zweckverband funktionieren kann, hatten doch bereits einige beteiligten Gemeinden bereits die Statuten beschlossen. Alle Fragen der GOR wurden zufriedenstellend und abschliessend beantwortet.

Verena Baumgartner (GL) freut sich als Feuerwehrangehörige über die künftige Zusammenarbeit mit den anderen Verbundsgemeinden. Doch auch sie findet es nicht ganz richtig, dass Liestal nun vor Tatsachen gestellt wird und beispielsweise über den Inhalt der Statuten nicht mehr diskutieren kann. Das Parlament kann die Statuten nur noch annehmen oder eben ablehnen. Vielleicht müsste der Einwohnerrat doch einmal ein solches Vertragswerk versenken, damit er künftig früher noch mögliche Änderungen rechtzeitig einbringen kann. So versteht sie es ebenfalls nicht, dass keine Vertretung der Feuerwehrmannschaft in der Betriebskommission vertreten ist. Verschiedene Fragen im Zusammenhang mit den Altersgrenzen und Ersatzabgaben können nun zumindest dank der GOR-Motion noch thematisiert und gar geändert werden. Eigentlich sollte der Einwohnerrat genügend Zeit und Möglichkeiten haben, Einfluss nehmen zu können, ohne dass überhaupt eine Motion eingereicht werden muss. Sie spricht sich klar für die Regionalfeuerwehr aus, doch kann sie nicht irgendwelchen Statuten und Reglement zustimmen, hinter welchen sie nicht stehen kann. Sie wird sich deshalb bei der anschliessenden Abstimmungen enthalten.

Thomas Eugster (FDP) spricht sich generell für eine vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden in verschiedenen Bereichen aus, weshalb er auch die Anträge des Stadtrates und der GOR im Zusammenhang mit dem Feuerwehrverband unterstützen wird. Die GOR hat aus der nicht einfachen Situation das Beste gemacht, indem sie die Motion betreffend dem Feuerwehersatzabgabe-Reglement eingereicht hat. Dem Stadtrat möchte er mitgeben, dass bei einem nächsten ähnlichen Geschäft doch auch das Instrument einer Begleitkommission eingesetzt wird, damit sich beispielsweise der Einwohnerrat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens einbringen kann und nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Stadträtin Regula Nebiker dankt für die interessanten Voten sowie grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit diesem Geschäft, bei dem auch der Einwohnerrat seine Rolle finden musste. Die Ausarbeitung von Reglementen und die Verhandlung über Verträge ist eine Exekutivaufgabe, die der Rat dann schlussendlich noch beschliessen muss. Natürlich kann der Rat solche Geschäfte versenken, doch muss er dann auch entscheiden, ob es das dann auch wert ist. Sie habe die zum Teil harten Diskussionen in der GOR interessant gefunden. Auch freut es sie, dass der Rat grundsätzlich die Verbundlösung, Weiterentwicklung und Modernisierung der Feuerwehr unterstützt. Und sollte das Zusammengehen mit den anderen Gemeinden nicht wie geplant funktionieren, müsste sich Liestal notfalls wieder von der Verbundlösung verabschieden. Gemäss Statuten sind auch gewisse Spielräume vorhanden, wo man noch unsicher war und nicht klar abgrenzen konnte. So wird es den Gemeinden überlassen, wen sie in die Betriebskommission delegieren möchten, da es nicht zwingend ein Gemeinde- oder Stadtratsmitglied sein muss. Doch braucht es eine Ausgewogenheit und Flughöhe sowie Mut und Verbindlichkeiten bei solchen Abkommen mit mehreren Vertragspartnern. Auch ein Zweckverband wie im vorliegenden Fall ist durchaus steuerbar und eine Einflussnahme ist möglich. Gut ist auch, dass man bereits in der GOR-Beratung klar die Statuten von den Reglementen getrennt hatte. Der Stadtrat dankt für die gute Aufnahme sowie Zustimmung im Rat und kann sich mit den von der GOR vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen bzw. Anträgen einverstanden erklären.

Dominik Beeler (GL) bekundet Mühe mit den stadträtlichen Vorstellungen betreffend der politischen Zusammenarbeit. Natürlich ist die Exekutive federführend, doch bei solchen Geschäften müsste doch eine parlamentarische Begleitkommission mit einbezogen werden. Nur so kann vermieden werden, dass dem Parlament fixfertige Päckli vorgelegt werden, wo man dazu nur noch ja oder nein sagen kann. Die Aufforderung an den Stadtrat, dass man künftig den Einwohnerrat bei solchen Geschäften früher einbinden sollte, müsste nun von der Exekutive doch verstanden und aufgenommen werden.

Stadträtin Regula Nebiker merkt an, dass die Botschaft im Stadtrat angekommen ist. Zu beachten ist aber doch, dass es bei solch grossen Geschäften nebst dem Einwohnerrat noch andere Stakeholders gibt, welche ebenfalls beim Prozess involviert sein möchten.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält klar fest, dass die GOR nicht der Meinung ist, dass der Stadtrat etwas falsch gemacht habe. Von der GOR und einigen Ratsmitgliedern ist lediglich der Wunsch geäussert worden, dass das Parlament bei ähnlichen Geschäften künftig früher mit einbezogen wird.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sich der Rat mit dem von ihm vorgeschlagenen Abstimmungsprozedere einverstanden erklären kann.

://: Der Bildung des Zweckverbandes Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal wird einstimmig zugestimmt.

://: Den Statuten der Stütz- und Regionalfeuerwehr Liestal wird mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

://: Mit 32 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem ersten GOR-Änderungsantrag zugestimmt:

§ 3 Abs. 1, Einleitungssatz neu: "Auf Gesuch hin von der Ersatzabgabe befreit sind: ...") und in den lit. c und e "auf Gesuch hin" streichen.

://: Einstimmig wird dem zweiten GOR-Änderungsantrag zugestimmt:

§ 3 Abs. 1 lit. e neu "... mit einem Invaliditätsgrad von mind. 70%..." anstelle von "mit einer mind. 70 - 100% Invalidität"

://: Mit 32 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Reglement für die Feuerwehersatzabgabe mit den zwei vorgenannten beschlossenen Änderungen genehmigt.

://: Der Aufhebung des Feuerwehrreglementes vom 24. Juni 2009 mit dem Inkrafttreten des Zweckverbandes wird einstimmig zugestimmt.

207 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Heidenlochstrasse - Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2019/126)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen. Die Ratsmitglieder möchten sich nun zu diesem Antrag äussern.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, dass man der BPK mitgeben möchte, dass den Sicherheitsmassnahmen im Zusammenhang mit der kantonalen Veloroute die gebührende Beachtung zu schenken ist, welche über die Heidenlochstrasse verläuft.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2019/126 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

208 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Heidenlochstrasse - Kredite für Strassenausbau (TCHF 2'500), Wasserversorgung (TCHF 630), Abwasserbeseitigung (TCHF 400) und Landerwerb (TCHF 625); Vorlage Nr. 2019/127

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Die Vorlage untersteht dem obligatorischen Referendum, weshalb diese zweifach beraten werden muss. Die 1. Lesung wird auf die nächste Ratssitzung vom 10. April 2019 und die 2. Lesung auf die Ratssitzung vom 22. Mai 2019 traktandiert.

Bei einer Kreditgenehmigung durch den Einwohnerrat ist vom Souverän über den Ratsentscheid noch an der Urnenabstimmung vom 20. Oktober 2019 abzustimmen.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen. Die Ratsmitglieder möchten sich nun zu diesem Antrag äussern.

Er stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren aus dem Einwohnerrat und Stadtrat angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2019/127 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

209 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Suubers Lieschtel - Zwischenbericht Stadtrat zu Postulat «für e suubers Lieschtel» der SVP-Fraktion (Nr. 2015/196)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Postulanten bzw. die SVP-Fraktion zum stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2015/196a äussern möchten.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) führt namens der SVP-Fraktion bzw. Postulanten aus, dass man dem Stadtrat für die Berichterstattung danke. Vor 4 Jahren ist der Vorstoss an den Stadtrat überwiesen worden und die Anliegen der Postulanten sind noch immer gleich und nach wie vor topaktuell. Mit verschiedenen Massnahmen und Aktionen wurde die Bevölkerung auf die Problematik aufmerksam gemacht, doch leider gibt es immer wieder Menschen, die vergesslich sind und ihren Abfall nicht richtig entsorgen. Es ist wichtig, dass man immer wieder auf das Litteringproblem im ganzen Gemeindegebiet aufmerksam macht. Die in Aussicht gestellt Aufnahme von Ordnungsbussen im Polizeireglement wird befürwortet. Repressive Massnahmen sollten dann auch konsequent umgesetzt werden. So verstehe man es nicht, dass die neue Rathausstrasse bereits mit Tausenden von grausigen Kaugummi- und Spuckflecken garniert ist. Auch solche Vergehen sollten im neuen Bussenkatalog des Polizeireglements aufgenommen werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) mekt an, dass er sich vor 3 ½ Jahren als Fraktionssprecher bereits zum Vorstoss geäussert hatte und nun doch noch vom Stadtrat zumindest ein Zwischenbericht vorgelegt wurde. Gut ist, dass die Ordnungsbussen im Polizeireglement geregelt werden sollen, welches dem Rat hoffentlich demnächst zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet wird. Im Zusammenhang mit den erwähnten Ordnungsbussen sollte vom Stadtrat dann auch berichtet werden, wer diese ausstellen wird und was dieser zusätzliche Aufwand kosten wird.

Bernhard Bonjour (SP) legt dar, dass er bezüglich der Wichtigkeit der Sauberkeit nach wie vor der Meinung ist, dass er mit dem kollektiven wegwerfen und produzieren von Abfall wie beispielsweise an der Fasnacht oder an Silvester mehr Mühe bekunde. Ein Bussenkatalog dürfte wohl nicht viel an der heutigen Situation ändern.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2015/196a betreffend dem Postulat der SVP-Fraktion.

210 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Lisa Faust (GL) - Familienzentrum

Ist die Zukunft des Familienzentrums Liestal gesichert und was trägt die Stadt dazu bei?

Stadträtin Regula Nebiker: Das Familienzentrum ist ein Verein, in welchem die Stadt Liestal Mitglied ohne Vorstandsfunktion vertreten ist. Es besteht keine Leistungsvereinbarung mit dem Verein, doch die Stadt übernimmt schon seit längerer Zeit die Mietkosten. Das Familienzentrum hatte zu einem runden Tisch über das künftige Angebot eingeladen und die Stadt Liestal nahm als Mitglied teil. Nähere Informationen über die Erkenntnisse haben wir nicht.

2. Frage / Patricia Bergamin (SVP) - Wasserturmplatz, Mittellinie

Seit der Belagerneuerung fehlt von der gezogenen Mittellinie auf der Höhe der Bushaltestellen jede Spur, damit die Autos den stehenden Bus nicht überholen sollten und somit die Fußgänger sicher über die Straße können. Leider ist tag täglich das Gegenteil zu beobachten. Kann damit gerechnet werden, dass diese Mittellinie wieder gezogen wird?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Mittellinie wird wieder gezogen, doch diese müssen in der Nacht ausgeführt werden. Die Temperaturen waren bisher noch nicht genügend hoch bei mindestens + 5°C, um die Arbeiten ausführen zu können. Der der Markierungsauftrag ist aber bereits erteilt.

3. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Galgenrainweg

Durch den Wegfall des Fussweges und Treppe neben dem Altersheim Frenkenbündten ist der Galgenrainweg zurzeit für Fussgänger der Quartiere Burg und Schwieri, die einzige kurze und zu Fuss bewältigende Verbindung zum Quartier Frenkenbündten und retour. Schüler, Altersheimbewohner und Fussgänger müssen zurzeit einen Umweg entlang der Baustellenabschränkungen machen. Zur Überquerung der Strasse muss vor stauenden Kolonnen, vor dem jeweiligen Rotlicht, links oder rechts, ein Weg gefunden werden, um die Strasse zu überqueren. Frage: Gibt es eine mögliche temporäre Lösung, die für alle möglichst sicher und verkehrsfreundlich ist?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Situation ist tatsächlich nicht ganz einfach. Die Baustelle befindet sich in einer Tempo 30-Zone. 60 Meter entfernt befindet sich bei der Kasernenstrasse ein Fussgängerstreifen. Das Stadtbauamt und die Polizei erachten diesen Umweg als zumutbar, doch anscheinend wird öfters die Baustellenabschränkung umgangen und einfach über die Strasse gelaufen. Ein zusätzlicher Fussgängerstreifen dürfte eine falsche Sicherheit für die Fussgänger mit sich bringen. Über die Fasnachtstage wird die Baustelle aufgehoben und nach der Neuinstallation werden mögliche Verbesserungen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt.

Zusatzfrage von Beat Gränicher: Gerade heute hatte er beobachtet, wie die Begleitung eines Rollstuhlfahrers bei der Baustelle zum Schutz vor dem Rollstuhlfahrer gelaufen ist. Dies ist eine Feststellung und keine Zusatzfrage, welche noch zu beantworten wäre.

4. Frage / Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) - Törli-Uhr

Seit einiger Zeit zeigt die Uhr am neu renovierten Törli zweimal am Tag genau die richtige Zeit – am Mittag und um Mitternacht. Weshalb funktioniert die Uhr momentan nicht? Ab wann wird die Törliuhr wieder funktionieren?

Stadtrat Franz Kaufmann: Auf der Homepage der Stadt Liestal ist darüber informiert worden, dass im Zusammenhang mit der Törli-Innensanierung wurde das Uhrwerk für vier Wochen eingepackt, damit dieses vor Staub geschützt werden kann. Die Arbeiten werden Mitte März 2019 abgeschlossen sein.

5. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Bewilligungswesen

Laden um Laden macht dicht!! Das ist eine Tatsache, die schwer zu beeinflussen ist. Deshalb mutet es komisch an, wenn die letzten noch verbleibenden Detaillisten in der Altstadt mit bürokratischen Mitteln bei den Bewilligungen geplagt werden. (Metzgerei Maag, Dream Gallery, Uhren Thüring usw.) Wir sollten doch über jede Aktivität froh sein, die dazu beiträgt, unser Zentrum zu beleben. Frage: Ist der Stadtrat bereit, dafür zu sorgen, dass die Verwaltung das Bewilligungswesen möglichst geschäftsfreundlich, einfach und unbürokratisch gestaltet?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Mitarbeiter der Verwaltung setzen das vom Rat beschlossene Reklamereglement, die Allmendverordnung und weitere Erlasse um. Es gibt immer wieder Gesuche, die nicht bewilligungsfähig sind und folglich müssen diese dann auch abgelehnt werden. Es ist ihr bekannt, dass die vom Fragesteller erwähnten 3 Detaillisten nicht so zufrieden sind. Grossmehrheitlich sind aber die Gesuchsteller mit den Dienstleistungen der zuständigen Abteilung zufrieden. So ist sie auf die Debatte im Einwohnerrat betreffend dem neuen Polizeireglement gespannt, wo es wiederum mit der Handhabung bei Gesuchen, Sanktionen etc. gehen wird.

Zusatzfrage von Hanspeter Meyer: Ihm sind anscheinend gewisse Sachverhalte falsch vermittelt worden und die direktbetroffenen Detaillisten fühlen sich einfach benachteiligt.

6. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Schleifewuhrweg, einsturzgefährdetes Haus

Gibt es eine Möglichkeit hier seitens der Stadt aktiv zu werden, damit innert nützlicher Frist das einsturzgefährdete Haus am Schleifenwuhweg abgerissen oder saniert wird? Der Schleifenwuhweg ist im Grundbuch mit einem öffentlichen Wegrecht belegt, besteht bei einem Unfall ein Haftungsrisiko für die Stadt Liestal?

Stadtrat Franz Kaufmann: Dem Stadtbauamt ist das Problem bekannt und für die Verfügung von Massnahmen ist das kantonale Bauinspektorat zuständig und so hatte der Kanton im vergangenen Jahr bereits konkrete Massnahmen verfügt, worauf das Haus dann eingepackt und gesichert wurde. Das Stadtbauamt hat Ende Januar nochmals interveniert und der Ball liegt nun wiederum beim Bauinspektorat. Parallel dazu läuft derzeit ein Baugesuch für einen Umbau der Liegenschaften. Der Eigentümer müsste gegebenenfalls haften, sollte etwas passieren.

7. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Stadtfest

Die Zeit schreitet voran. Man hört wenig. Wie ist der Planungsstand des Stadtfestes?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Das Stadtfest ist letztes Jahr bereits einmal verschoben worden und dies wird nicht mehr passieren. Dem OK möchte er deshalb an dieser Stelle für die ehrenamtliche Freiwilligenarbeit recht herzlich danken und ein Kränzlein wird. Die Konzepte sind erarbeitet und auch beim Sponsoring ist man gut unterwegs. Aktuell werden in Liestal und der Region Zucker-Säckli verteilt, so auch dem Rat heute als Ergänzung zu den Tischpapieren, womit für den Grossanlass vom 6. - 8. September 2019 in Liestal geworden wird.

8. Frage / Vreni Baumgartner (GL) - Vortrittsregelung in Begegnungszone

Oben und unten an der Rathausstrasse hat die Stadt Plakate angebracht mit dem Hinweis für Velofahrer zur Vortrittsregelung in der Begegnungszone. Ich habe den Eindruck, dass diese Plakate etwas gebracht haben. Es würde vielen Autofahrern auch guttun, wenn ihnen in Erinnerung gerufen wird, dass die Fussgänger in der Begegnungszone vortrittsberechtigt sind (Signalisationsverordnung Art. 22b).

Wäre der Stadtrat bereit an den Einfahrtspunkte in die Begegnungszone alle Fahrzeugfahrer darauf aufmerksam zu machen, dass die Fussgänger vortrittsberechtigt sind?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Plakate sind nur temporär angebracht worden. Beschilderungen unterliegen der eidgenössischen Signalisationsverordnung und sind in Art. 22b wie folgt umschrieben: „Das Signal "Begegnungszone" (2.59.5) kennzeichnet Strassen in Wohn- oder Geschäftsbereichen, auf denen die Fussgänger die ganze Verkehrsfläche benützen dürfen. Sie sind gegenüber den Fahrzeugführern vortrittsberechtigt, dürfen jedoch die Fahrzeuge nicht unnötig behindern.“

211 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Fernverkehr (Sammelvorlage) - Berichte Stadtrat zu Postulaten "Fahrplan 2025" (Nr. 2016/7); "Grundsätze und Kriterien Fernverkehr" (Nr. 2017/40 sowie "Fahrplankonferenz" (Nr. 2017/68)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage im Rat fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro hatte die Behandlung der stadträtlichen Sammelvorlage so vorgesehen, dass die Berichte und Anträge des Stadtrates zu den Postulaten einzeln beraten werden und erst am Schluss der Beratung über die Anträge abgestimmt wird.

Gemäss seiner zwischenzeitlichen Besprechung mit dem Stadtpräsidenten wird die Vorlage nun aber in folgender Reihenfolge behandelt:

- Postulanten
- Stadtrat
- Fraktionssprecher
- Einzelsprecher
- Abstimmung

Postulanten

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) vertritt den Postulanten Rolf Gutzwiller betreffend den Vorstössen Nr. 2016/7 und Nr. 2017/40: Wenn man den Bericht des Stadtrates gelesen hat, muss man feststellen, dass es eine himmeltraurige Angelegenheit und Schande ist, was den Regierungsrat Baselland betrifft, denn dieser vergisst Liestal mit seinen öV-Anbindungen schlichtwegs. Der Stadtrat macht, was er im Rahmen seiner Möglichkeiten tun kann. Es sollte doch auch für den Regierungsrat nicht mehr als selbstverständlich sein, dass er Liestal mit 80'000 Einwohnern in der Agglomeration und 20'000 Personen, welche täglich in Liestal umsteigen, etwas mehr Beachtung schenken und unterstützen würde. Mitte der 90er-Jahre hatte man ab Liestal 1 Schnellzug mit Halt in Sissach, Olten, Zofingen, Sursee, Luzern und alle 2 Stunden gar mit Chiasso als Endbahnhof. Auch ein Intercity mit Halt in Aarau, Zürich, Landquart und Chur sowie einen Regio-Express alle 2 Stunden mit Halten in Sissach, Gelterkinden, Burgdorf, Herzogenbuchsee, Olten und Bern. Zudem verkehrte stündlich ein Regionalzug. Ganz früher hatte man gar noch täglich eine Zugverbindung bis nach Neapel. Heute ist es nunmehr so, dass wir gerade noch zusätzlich einen schnellen Intercity nach Bern bekommen haben und alle anderen Züge wurden verlangsamt, was länger und mehr nur noch schlimmer wird, den Liestal wird immer mehr im Zusammenhang mit den Fernverkehrsverbindungen auf das Abstellgleis gestellt. Und damit das nicht passiert, muss noch sehr viel Lobbyarbeit geleistet werden. Liestal und seine Pendler brauchen nicht eine zusätzliche S-Bahn, sondern einen Schnellzug nach Basel. Die Fernverkehrsanschlüsse sind wichtig für Liestal und seine Umgebung bzw. die Entwicklung unserer Region. Im Zusammenhang mit der Infrastruktur wird nun doch endlich der längst überfällige neue Bahnhof in Liestal realisiert. Seit Eröffnung der Bahnstrecke zwischen Liestal und Olten im Jahre 1855 ist es unverändert bei 2 Gleisen geblieben, wobei damals Liestal 3'000 Einwohner hatte. Eine Aufwertung ist nötig und dabei sollte nicht nur von zusätzlichen Zügen, sondern auch von zusätzlichen Gleisen die Rede sein. Die SBB schaut, dass vermehrt Züge zur Entlastung auch in Vororten grösserer Städte wie Zürich-Oerlikon, Bern-Wankdorf usw. halten und dies sollte doch auch in Liestal möglich sein, damit der Bahnhof Basel eine Entlastung erfährt. Der Stadtrat ist auf einem guten Weg, doch ist noch viel Arbeit nötig, um das Wenige was wir noch haben, nicht auch noch zu verlieren.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass viele wichtige Punkte bereits vom Vorredner gesagt wurden und er auf Wiederholungen verzichten möchte. Im Zusammenhang mit dem von ihm unterzeichneten Postulat Nr. 2017/68 "Fahrplankonferenz" möchte er sich beim Stadtrat für die Berichterstattung bestens bedanken. Es ist halt leider schon so, dass man beispielsweise in Bern noch immer nicht realisiert hat, dass Liestal eine Kantonshauptstadt mit wichtigen Zentrumsfunktion ist. Unverständlich ist es beispielsweise ebenfalls, dass man gemäss SBB-Unterlagen immer noch davon ausgeht, dass der Bahnhof Liestal nur von 15'000 Personen benützt wird. Man kann nur hoffen, dass auch der Regierungsrat die Lobbyarbeit des Stadtrates bestmöglichst unterstützt und es gelingt, auch die Bundespolitiker einzuspannen. Die früheren Fernverkehrsverbindungen ab Liestal wurden erwiesenermassen kontinuierlich abgebaut und das Manko an weiteren Infrastrukturen wie beispielsweise zusätzliche Gleise ist auch kein Novum. Als Postulant kann er der Abschreibung des Postulates zustimmen und die SVP-Fraktion wird allen stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die gute Aufnahme der stadträtlichen Sammelvorlage bei den Postulanten. Dem Stadtrat war es wichtig, in seinem Bericht die Standortattraktivität von Liestal hervorzuheben. Das Mobilitätsverhalten hatte sich in der Vergangenheit stark geändert und wichtig ist doch, dass man in den Umsteigeketten schnell voran kommt. Liestal muss als Kantonshauptort in Bern bestimmt auftreten und die Forderungen ganz klar stellen. Die vorgängig gemachte Schande-Aussage möchte er klar in Abrede stellen. Das Hauptproblem ist halt schon, dass Liestal in einem Gebiet nördlich des Südfusses liegt und schlichtweg einfach Basel zugeordnet wird. Liestal muss bezüglich dem öV-Verkehr als B-Zentrum auf den Radar kommen. Die Einführung des ¼-Studentaktes wäre für Liestal auch nicht so schlecht, wie man es immer wieder hört, denn damit würden wir beispielsweise zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt für Umsteiger werden. Liestal muss beim Bundesamt für Raumentwicklung ARE auf die Karte kommen, denn dieses gibt dem Bundesamt für Verkehr die Empfehlungen bzgl. der Wichtigkeit von Städten und Regionen im Zusammenhang mit den Fernverkehrszügen ab. Die erfolgreiche politische Arbeit auf kommunaler und kantonaler Ebene und auch in Bundesbern sowie das Lobbying sind wichtig, damit Liestal mehr beachtet und berücksichtigt wird. Ein weiteres Problem ist die Aufwertung des Güterverkehrs, denn der Personenverkehr geniesst nicht mehr die gleiche Priorität wie früher, was zu vermehrten Engpässen bei den bestehenden SBB-Infrastrukturen führt. Eine Vernetzung ist auf allen Ebenen nötig, damit Liestal auch mit kleinen Schritten zum Ziel kommt.

Fraktionen

Dominik Beeler (GL) dankt dem Stadtrat für den Einsatz zu Gunsten des Fernverkehrs sowie die Berichterstattung zu den drei Postulaten. Auch im heutigen bz-Artikel kann man die stadträtlichen Zielformulierungen nachlesen. In Bundesbern muss man vehement Zugeständnisse fordern und Druck machen. In seiner Fraktion wurden Bedenken geäussert, ob die Fahrplankonferenz-Weiterführung beim Verein Frenkentaler Plus nicht vielleicht zu kurz kommen könnte und ob nicht doch zumindest eine Arbeitsgruppe innerhalb des Vereins gebildet werden sollte. Die Grüne Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) führt aus, auch eine Fraktion sei froh über den Zwischenbericht des Stadtrates. Es ist wichtig, dass man zur Verbesserung der Situation auf allen Ebenen alle möglichen Instrumente einsetzt und auch Massnahmen fordert. Die vom Stadtrat im Bericht aufgezeigten Massnahmen sowie Stossrichtungen sind wichtig, damit man Liestal als eigenständiges Zentrum und nicht einfach als Vorposten von Basel positionieren kann. Eine wirtschaftlich abgestützte Lobbyingarbeit ist äusserst wichtig. Die FDP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Patrick Mägli (SP) orientiert, dass auch die SP-Fraktion für die Berichterstattung des Stadtrates danke und dessen Stossrichtungen sowie Zielsetzungen unterstütze. Liestal befindet sich bezüglich dem Fernverkehr in einem schwierigen Umfeld. Und es wird ja hoffentlich nicht sein, dass wir noch weitere Zugverbindungen trotz neuem Bahnhof und Vierspur-Ausbau verlieren. Die stetige Lobbyarbeit, das stadträtliche Engagement sowie die zahlreichen politischen Vorstösse auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene findet man toll. Auch die gesamtheitliche Betrachtung und eine bessere Abstimmung des öffentlichen Verkehrs ist wichtig. Liestal wird durch die Bahnlinie durchschnitten und ein grosser Teil der Bevölkerung wird die negativen Auswirkungen des Vierspurausbaues spüren. Und gerade auch deshalb ist es wichtig, dass die Bevölkerung auch künftig vom heutigen Standard sowie Angebot des Fernverkehrs profitieren kann. Liestal ist weiterhin auf gute Verbindungen in Richtung Zürich, Bern und Luzern angewiesen. Der Grossraum Nordwestschweiz verfügt nur gerade über einen zentralen Verkehrshalt, wobei andere Grossräume wie Zürich, Genf, Lausanne, Bern usw. von mehreren Fernverkehrshalten profitieren. Alles jammern nützt nichts und die vom Stadtrat aufgezeigten Lösungen dürften wohl die richtigen Ansätze zur Zielerreichung sein.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, die Mittefraktion unterstütze das stadträtliche Vorgehen. Die Anschlüsse der Waldenburgerbahn sowie Busse sollten nicht alleine in Richtung Basel abgestimmt sein, sondern sich vermehrt auch in die andere Richtung orientieren. Eingang der heutigen Sitzung ist die Resolution betreffend dem Klimanotstand verabschiedet habe. Ab 2035 steht der neue Bölchen-Strassentunnel und die auf 3 Spuren ausgebaute A1 in Richtung Bern zur Verfügung. Und wenn man die öV-Verbindungen von Liestal nach Bern bis dahin auch noch verbessern könnte, wäre dies doch auch ein wesentlicher Beitrag zur Lösung des Klimawandelproblems. Der Stadtrat muss sich unbedingt weiterhin für 2 Intercity pro Stunde nach Bern sowie Zürich und mindestens 1 Intercity pro Stunde nach Luzern einsetzen.

Einzel Sprecher

Michael Durrer (GL) stimmt einem Vorredner zu, dass der Stadtrat alles Mögliche betreffend dem Fernverkehr unternehme. Auch müssten alle Einwohnerratsmitglieder Einfluss nehmen und Lobbyarbeit leisten, wann immer das auch möglich ist.

Fabian Eisenring (SP) legt dar, dass die Wichtigkeit der Lobbyingarbeit aller wohl unbestritten ist. Die Fernverkehrsanschlüsse sind nicht nur für Liestal, sondern für die ganze Umgebung äusserst wichtig. Mit der Wachstumsstrategie Liestals dürften wir auch künftig beim schweizerischen Raumkonzept stärker gewichtet werden.

Abstimmungen

Ratspräsident Peter Küng (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zur Sammelvorlage und den vorgängig beratenen Berichten zu den Postulaten keine Wortbegehren mehr angemeldet werden und er somit über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat nimmt die Ausführungen des Stadtrats zum Postulat Nr. 2016/7 „Fahrplan 2025“ von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion einstimmig als Zwischenbericht zur Kenntnis.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat die Ausführungen des Stadtrats zum Postulat Nr. 2017/40 „Grundsätze und Kriterien Fernverkehr vom Januar 2017“ von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion als Zwischenbericht zur Kenntnis.

- ://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig die Ausführungen des Stadtrats zum Postulat Nr. 2017/068 „Interfraktionelles Postulat betreffend Wiedereinführung der Liestaler Fahrplankonferenz“ von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion und Rolf Gutzwiller namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion zur Kenntnis.
- ://: Einstimmig schreibt der Einwohnerrat das Postulat Nr. 2017/68 „Interfraktionelles Postulat betreffend Wiedereinführung der Liestaler Fahrplankonferenz“ von Hanspeter Meyer namens der SVP- Fraktion und Rolf Gutzwiller namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion als erfüllt ab.

212 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Busbetrieb während WB-Umbau - Bericht Stadtrat zu Postulat «Optimierung Busbetrieb während dem Umbau der Waldenburgerbahn auf Meterspur» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2016/22)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Thomas Eugster (FDP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht. Vielen dürfte bekannt sein, dass er denselben Vorstoss auch im Landrat eingereicht hatte und die regierungsrätliche Beantwortung ist ausführlich und detailliert schon vor längerer Zeit erfolgt. Sinn und Zweck des Vorstosses Nr. 2016/22 sind erfüllt und die Fragen beantwortet. Er kann sich mit der Abschreibung seines Vorstosses einverstanden erklären.

Michael Durrer (GL) informiert, dass es seiner Fraktion sehr wichtig ist, dass der Busbetrieb während den WB-Umbauarbeiten auch reibungslos und gut funktionieren wird, denn sonst würden wohl viele öV-Pendler auf das Auto umsteigen. Und so hat man Bedenken, dass beispielsweise die Variante, dass jeder zweite Bus bei der Kaserne hält, eine akzeptable und gute Lösung ist. Ebenfalls sollte man eine vorübergehende Schliessung der Poststrasse für Autos nochmals prüfen, damit die Busse dank einem flüssigeren Verkehr nicht stecken bleiben oder aufgehalten werden. Den Anträgen des Stadtrates wird man zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) dankt für den stadträtlichen Bericht. Die Streckenführung mit einer Schlaufe macht Sinn, da auf Wendemanöver verzichtet werden kann. Auch ihre Fraktion und sie selbst als Fachperson stimmt den vorgängig bereits geäusserten Bedenken betreffend den Halten bei der Kaserne zu. Diese Lösungsvariante dürfte höchstens in den Randzeiten funktionieren. Die temporäre Schliessung der Poststrasse während den WB-Bauarbeiten wäre auch für ihre Fraktion die favorisierte Lösungsvariante, welche vom Stadtrat doch noch einmal ernsthaft geprüft werden sollte. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) merkt an, die SVP-Fraktion unterstütze die Anträge des Stadtrates ebenfalls. Liestal ist sich heute wohl immer noch nicht richtig bewusst, welche Konsequenzen der SBB-Vierspurausbau haben wird. Ob dann die Poststrasse tatsächlich gesperrt werden soll oder nicht, müsste dann sicher rechtzeitig noch zur gegebenen Zeit geprüft werden. Es wird wohl Bauphasen geben, wo die Verkehrsregelung kurzfristig angepasst werden muss. Am vergangenen Montag hatte er auf dem Wasserplatz festgestellt, dass 4 Busse die Parkplätze und den Verkehr während längerer Zeit wegen ein- und aussteigenden Fahrgästen blockiert hatten. Er frage sich deshalb schon, wem denn all die baulichen und teuren Massnahmen bei der Wasserturmplatz-Haltestelle etwas nützen. Theorie und Praxis sehen halt meist schon etwas anders aus.

Patrick Mägli (SP) erklärt, seine Fraktion danke für den Bericht und wird den Anträge des Stadtrates zustimmen. Im Bericht werden die möglichen Optionen aufgezeigt, welche dann vom Stadtrat auch umgesetzt werden sollen. Er persönlich stehe der Poststrassen-Schliessung offen gegenüber, doch schlussendlich soll ebenfalls der Stadtrat den diesbezüglichen Entscheid fällen.

Stadtrat Franz Kaufmann unterstützt die Aussage, dass mit den gigantischen Bauwerken der SBB in den nächsten Jahren einiges auf Liestal zukommen wird. Die Feinplanung der Arbeiten findet im 2021 statt und die heisse Phase betreffend den temporären Verkehrsneuregelungen wird im 2022 stattfinden. Wichtig ist, dass die öV-Anschlüsse jederzeit gewährleistet sind und in diesem Zusammenhang wird sicher auch noch die Option betreffend der

Kasernen-Haltestelle nochmals eingehend geprüft. Dabei ist sicher auch zu beachten, welche weiteren zusätzlichen Grossbaustellen bzw. ausserordentliche Verkehrsbelastungen in Liestal noch zu berücksichtigen sind. All die verschiedenen Faktoren werden dannzumal bei der Modell-Erarbeitung noch berücksichtigt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat die Ausführungen des Stadtrats zur Kenntnis.

://: Vom Einwohnerrat wird einstimmig das Postulat Nr. 2016/22 als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können. Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann